



Wochenendseminar

vom 18. bis 20. Oktober 2013

im Naturfreundehaus in Maschen

Rahlande 32-40, 21220 Seevetal (bei Hamburg)

Anreise am Freitag bis 18.00 Uhr (Abendessen) und im Anschluss gemütliches Beisammensein.

Am Vormittag 19. 10. werden wir uns über die Naturfreunde informieren lassen und Erfahrungen austauschen
Thema des Seminars am Sonnabend den 19.10. am Nachmittag ab 14.00 Uhr

Die Geschichte der Lieder der Arbeiterbewegung und des politischen Liedes

Referentin ist unser DFV-Mitglied Sonja Gottlieb aus Ida-Oberstein (Rheinland-Pfalz)

Sonja wird referieren und singen. Auch am Sonnabend abends steht sie uns auf Wunsch mit ihrer Gitarre zum gemeinsamen Singen zur Verfügung.

Am Sonntagvormittag findet wieder unsere Vorstandssitzung statt. Gäste und Mitglieder sind uns dabei willkommen. Bitte meldet auch, wenn ihr schon am Sonntagvormittag abreist.

Nach dem Mittagessen beenden wir unser Seminar.

Kosten: DZ DU/WC 50 €,
EZ DU/WC 32 €, VP 23 € pro Pers. und Tag
DZ DU/WC FLUR 35 € EZ DU/WC FLUR 22,50 €
Vollpension 23 € pro Pers. und Tag
Kaffee und Kuchen kosten 4,50 € extra

Das Geld muss auf das Konto des DFV Nord überwiesen werden mit dem Stichwort: WES (für Wochenendseminar).
Bitte erst überweisen, wenn die Teilnahme bestätigt ist.

Anmeldungen ab sofort. Anmeldeschluss ist der 15. September 2013
Anmeldungen an den Landesverband Nord per Mail: dfv-nord@freidenker.de per Post: DFV-Nord e. V. Postfach 602507, 22235 Hamburg und per Telefon 040 6316260

Konto: Postbank Hamburg, Kontonummer 108359207, BLZ 20010020

AUS DEM INHALT

Verbandsarbeit, Religions- und Kirchenkritik

Wochenendseminar in Maschen – Einladung

Jugendfeier 2013 und Jugendweihe 2014

Aus dem Landesverband – Nachtrag zum Klotzfest und Kirchentag

Erstes bundesweites Freidenkertreffen im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“

AUS DEN REGIONEN

Hamburg:

Die Energieversorgung in Hamburg

Hamburger Hafengeburtstag: Gegen Umweltzerstörung hier und Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien. Aus: www.redglobe.de

Brauchen wir Staatsverträge mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften? – ein Veranstaltungsbericht vom 13. 8. 2013

Schleswig-Holstein:

Gedenkveranstaltung zum 68. Jahr der Cap-Arcona-Katastrophe

Nachruf Ruth Minnerop

Mahnmal für 1001 ermordete Patienten in Neustadt i. H. eingeweiht

Leserbrief an die LN (Lübecker Nachrichten) nach der Kommunalwahl:

Kulturbbeauftragter – 2 weitere Anwärter ...

Nord-Niedersachsen/Bremen.

Was gibt es Neues in Heideruh?

Gedenkstätte Lager Sandborstel: Dauerausstellung eröffnet

Solidarität:

Solidarität mit dem Widerstand in der Türkei!

Islamisten als Partner? Aus: German-Foreign-Policy. 11.6.

40 Jahre Protest gegen die Praxis der Berufsverbote in Deutschland

Almosensystem 20 Jahre alt – eine Notlösung ist 20 Jahre alt

Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Aktiver Staat (DGB-Aufruf)

Friedensbewegung

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

DGB-Aufruf zum Antikriegstag/Weltfriedenstag am 1. September

Kultur

Zum Tode von Willi Sitte – PM der Partei DIE LINKE (Knipping, Riexinger, Gysi)

Historisches

Zum 60. Todestag Erich Weinerts

Tipps und Termine

Verbandsarbeit, Religions- und Kirchenkritik

Jugendfeier 2013 und Jugendweihe 2014

Am 1. Juni feierten 42 Jugendliche der Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V. ihre Jugendweihe. Sie kamen aus den Kursen Landungsbrücken und Bergedorf (beide in Hamburg), Geesthacht und Lüneburg. Das Programm hatten die Jugendlichen mitgestaltet und fast alle trugen ihre selbstgewählten Texte vor oder brachten szenisch ihnen wichtige Themen auf die Bühne. Umrahmt wurde das Programm von der schwungvollen Bigband der Julius-Leber-Schule. Die Feierrede, gehalten vom Kursleiter Dennis Breutigam und der Beitrag einer Mutter, Frau Anja Eggert, brachten die Gedanken zur Jugendweihe jeweils aus der Sicht eines Kursleiters und einer Mutter zum Ausdruck.

Seit 1890 feiern konfessionsfreie Familien in Hamburg mit ihren Jugendlichen die Jugendweihe, auch wenn dieser Begriff erst in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg übernommen wurde. Die Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V. bietet dazu Vorbereitungskurse an, die im Januar nach den Frühjahrsferien beginnen. Die Jugendlichen treffen sich jede Woche oder alle 14 Tage und diskutieren selbstgewählte Themen. Im nächsten Jahr 2014 wird die Feier am 17. Mai wieder um 10.30 Uhr in der Friedrich-Ebert-Halle in Harburg stattfinden.

Wir wenden uns an nicht kirchlich gebundene Jugendliche

ab 14 Jahren, die für sich einen Standpunkt suchen im Prozess des Hineinwachsens in die Erwachsenenwelt. Wir, die Kursleiterinnen und Kursleiter der Jugendweihe, möchten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sein für eine kritische Aneignung der menschlichen Geschichte, für das Entwickeln von eigenen Bezugspunkten für das individuelle Leben und Handeln. Aus unserer Geschichte heraus fühlen wir uns den Idealen des Humanismus, dem demokratischen Sozialismus, der ökologischen Umgestaltung und einer sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung verbunden. Ein friedliches Zusammenleben aller Menschen ist die Voraussetzung dafür.

Wer weitere Informationen möchte oder das Kursprogramm zugeschickt bekommen will, wendet sich an Helmuth Sturmhoebel unter 040 724 55 45 oder schickt eine Mail an agjugendweihe@t-online.de.

Ganz besonders suchen wir jedoch neue Kursleitungen, die Interesse daran haben für ein knappes halbes Jahr mit Jugendlichen zu diskutieren und interessante Themen zu besprechen. Auch ein Wochenendseminar gehört immer dazu. Nur mit neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird es uns möglich sein, weiterhin Kurse anzubieten und diese Tradition fortzusetzen.

Aus dem Landesverband Nord

Rückblickend möchte ich auf das bundesweite Freidenkertreffen im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ Ende April hinweisen. Dazu ein ausführlicher Beitrag in diesem Heft.

Gleich nach dem Treffen waren wir mit einem Infostand in Hamburg am 1. Mai dabei. Die Aktivitäten zum Kampftag der Arbeiterklasse fanden in diesem Jahr in einer für uns befremdlichen Kooperation mit der Evangelischen Kirche statt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund war am Fischmarkt Untermieter des Kirchentages. Der DGB hatte versäumt den Platz für seine Kundgebung rechtzeitig zu reservieren. Die Gewerkschaftsaktivitäten glitten dann in die Eröffnung des Kirchentages hinüber. Die Kritik an die Vermischung verschiedener Interessen hat uns in Hamburg bewogen, am 13. August eine Veranstaltung unter dem Motto „Brauchen wir Kirchenstaatsverträge?“ anzubieten. Referentin ist – oder war, wenn diese Zeitung erscheint – Christiane Schneider Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Weiter waren wir aktiv am sogenannten „Klotzfest“ beteiligt. Wir Freidenker gehören dem Bündnis für ein Deserteursdenkmal in Hamburg an. Das Fest stand unter dem Motto „Bringen wir den Klotz zum Tanzen“. Das Fest dauerte vier Tage, begann am 1. Mai und endete am 4. Mai. Wir waren wieder mit einem Infostand zeitweilig dabei und haben auch das Café-Deserteur mit Kuchen und Betreuung unterstützt. Das Bündnisfest war mit verschiedenen kulturel-

len Angeboten, Information und Zeitzeugenberichten umfassend erfolgreich. Das Fest fand während des Kirchentages statt und hat damit eine große Zahl von Menschen über Hamburger Stadtgrenzen hinaus für das Thema Deserteure sensibilisiert.

Ebenfalls vom 1. Mai an fand der Deutsche Humanistentag in Hamburg statt. Hier sind keine Millionen aus der Staatskasse geflossen, wie es beim Kirchentag der Fall war.

Am 1. Juni fand die Jugendfeier der Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e. V. In der Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Harburg statt. Freidenker sind aktiv in der AG. Dazu siehe auch einen Bericht in diesem Heft von Helmuth Sturmhoebel (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft).

Am 03. August fand unsere 2. Landesvorstandssitzung dieses Mal in Kiel statt.

Vor der Sitzung hatten wir zu einem Stadtrundgang zum Thema „Stolpersteine“ eingeladen. Eine kleine Gruppe fand sich zum Rundgang bei tropischen Temperaturen ein. Die Witterung war auch der Grund, dass sich einige Interessierte entschuldigten. Geführt und informiert hat uns Christel Pieper, die sehr sachkundig informierte und alle Opfergruppen einbezog. Christel Pieper macht die Rundgänge für den Verein Geo step by step e. V.

Auf der Vorstandssitzung haben wir die Aktivitäten, die oben beschrieben sind, eingeschätzt.

Auf der Verbandsvorstandsebene laufen die Vorbereitun-

Um unseren Rundbrief und auch das Wochenendseminar finanziell abzusichern bitten wir um Spenden

Liebe Mitglieder, denkt bitte auch daran, dass unser monatlicher Mindestbeitrag seit dem 01. Januar 2013 5 € statt 4 € beträgt. Wer noch kein Mitglied ist, sollte sich den Schritt überlegen, denn wir brauchen jede, jeden und viele Tipps und Anregungen.

Angelika Scheer

gen für die wissenschaftliche Konferenz am 9. November in Frankfurt a. M. unter dem Thema: Realität und Ideologien „Heimat, Volk, Nationalstaat, Supranationalität, Nationalismus, Patriotismus, Internationalismus“ zwischen Fortschritt und Reaktion“. Näheres wird sich auf der Homepage finden und im nächsten Freidenker stehen. Bei Interesse und mehr Infos, gern auch beim DFV Nord melden.

Unser anstehendes Wochenendseminar mit verändertem Thema wegen schwerer Erkrankung des Referenten siehe in diesem Heft.

Angelika Scheer

Freidenkertreffen im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e. V. in der Nordheide war erfolgreich.



Wohn- und Ferienheim „Heideruh“

Die Vorbereitungsphase für das vom Landesverband Nord angeregte und durchgeführte Freidenkertreffen vom 26. bis zum 28. April 2013 in der antifaschistischen Bildungs- und Erholungsstätte „Heideruh“ dauerte fast ein ganzes Jahr. Nachdem das Treffen nun stattgefunden hat, können wir sagen: „Die Mühe hat sich gelohnt“.

Fünfunddreißig Teilnehmerinnen und Teilnehmer einschließlich der Referenten erlebten ein umfangreiches Programm. Erwähnt werden muss, dass einige Gäste die Ruhe und wunderbare Natur dieses Ortes zur Entspannung durch angehängte oder vorgelegte Tage genutzt haben.

Um möglichst allen Teilnehmenden die Geschichte von „Heideruh“ vorzustellen und damit die Wichtigkeit dieser Einrichtung zu verdeutlichen, hatten wir Prof. Dr. Oliver Rump eingeladen. Er lehrt an der HTW-Berlin Museumskun-



Unser Stand beim „Klotzfest“

de und Museumsmanagement. In den letzten zwei Jahren hat er mit einer Gruppe Studenten-/innen über die Geschichte von Heideruh geforscht. Aus dieser Arbeit ist ein Vortrag mit vielen Bildern und Dokumenten entstanden. Von den Ausführungen waren alle Anwesenden sehr beeindruckt. Eine jüngst erschienene Broschüre (5 €) über die Geschichte von „Heideruh“ kann über den Landesverband Nord bezogen werden. Im Anschluss zeigte Heinz Bartels (ehrenamtlicher Mitarbeiter in „Heideruh“) eine farbenfrohe Bilderfolge über das Wohn- und Ferienheim. Damit war der Abend nicht zu Ende, denn dann fanden im Anschluss viele Gespräche zum Erfahrungsaustausch, Kennenlernen und mit zahlreichen Getränken statt.

Bei den Anmeldungen hatten sich alle im Vorwege entschieden, ob sie die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen oder die Freie und Hansestadt Hamburg besuchen wollten. Eine kleine Gruppe ist aber auch in Heideruh geblieben und hat sich über persönliches Erleben in Ost und West ausgetauscht.

Eine große Gruppe hat sich für Bergen-Belsen entschieden. Helmuth Sturmhoebel (Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e. V. und Revisor im DFV Nord) war für die Teilnehmer Ansprechpartner. Alle erlebten eine sehr kompetente Führung durch einen Mitarbeiter der Gedenkstätte (Herr Günther). Im Gedenken an die grausamen Verbrechen an diesem Ort legten die Freidenker einen Strauß rote Nelken nieder.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen ging es dann zurück in die Nordheide nach „Heideruh“. Fast zeitgleich traf auch eine kleine Gruppe, die Hamburg besuchte, wieder ein.

In Hamburg hat Michael Grill unter dem Motto „Pfeffersäcke, Seeräuber und Konsorten“ Hafencity und Speicherstadt anschaulich vorgestellt. Leider waren die Temperaturen eisig und damit die Flucht in ein Café für die vier Teilnehmenden zwingend. Am Ende der Tour fand ein gemeinsames Mittagessen statt. Die Gruppe wurde von Uwe Scheer (Vorstandsmitglied DFV Nord) begleitet.

Alle nutzten eine Ruhephase bei Kaffee und Kuchen, Gesprächen und Entspannung.

Nach dem Abendessen hatten wir dann Wolfgang Beutin und seine Frau Heidi zu Gast. Wolfgang Beutin ist Germanist, Literaturwissenschaftler und Schriftsteller. Er hat sich bereit erklärt über „Kriminalgeschichte des Christentums“ – Karlheinz Deschners Prinzipien der Kirchenkritik – zu sprechen. Im letzten FREIDENKER und in der Tageszeitung „jun-



TeilnehmerInnen beim Erfahrungsaustausch in „Heideruh“

ge welt“ hat er sich auch bereits dem Thema gewidmet. Mit klaren Worten hat er seine Ausführungen gemacht, denen dann noch eine rege Aussprache folgte.

Nach den vielen ernsten und bildungspolitischen Inhalten gab es dann noch ein Highlight: „Ernesto“ Schwarz und seine Frau haben an dem Freidenkertreffen teilgenommen und

Ernesto hatte „natürlich“ seine Gitarre dabei. Das war der krönende Übergang um in den gemütlichen Teil überzugehen.

Der Sonntagvormittag wurde dann von fast allen für einen Spaziergang zum Brunsberg genutzt. Eine kleine Gruppe machte eine Runde in der näheren Umgebung und einige mussten auch schon die Heimreise antreten. Nach dem Mittagessen war dann für die meisten das Freidenker-Wochenende beendet.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern danken wir. Allen die geholfen haben, dass für das leibliche Wohl gesorgt und Transporte von oder zur Bahn erledigt wurden, und Bea Trampenau (Geschäftsführerin), die bei allen Fragen und Problemchen die Ruhe behalten hat, sei auf diesem Wege nochmals herzlich gedankt.

Am Sonntagabend waren dann Mitglieder der VVN/BdA Bremen in „Heideruh“ und hatten zu einer Veranstaltung eingeladen. Sie brachten belgische Gäste mit, die einen dokumentarischen Film über die verhängnisvolle Geschichte ihres Dorfes durch die Naziwillkür gedreht hatten. Näheres ist in der Broschüre „*Begegnung ohne Rückkehr*“ *Auf der Suche nach den Opfern eines Rachefeldzuges Meensel-Kiezegem-Neuengamme-Bremen 1944-2009* von Raimund Gaebelein (erschieden im Donat-Verlag) zu lesen. Die Broschüre ist auch über den DFV Nord erhältlich.

An diesem Abend nahmen noch vier DFV-Mitglieder teil.

Angelika Scheer

Aus den Regionen

Hamburg

Hafengeburtstag:

Gegen Umweltzerstörung hier und Hamburger-Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien

22 Schiffe haben sich am gestrigen Freitag zum Auftakt des Hamburger Hafengeburtstages an den Landungsbrücken an einer Blockade der Elbe beteiligt. Die Aktion sollte ein Zeichen gegen die drohende Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Moorburg bei Hamburg und gegen den Kohleabbau in Kolumbien setzen. Der ungewöhnliche Protest sei bei der Bevölkerung gut angekommen und auch am Ufer mit vielfältigen Aktionen unterstützt worden, teilte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit. So sei an Land ein 60 Meter langes Transparent gezeigt worden. Bei einer Kundgebung kamen zudem Mitglieder verschiedener Initiativen und Organisationen zu Wort, darunter auch Aktive aus Kolumbien und von der Kampagne „Unser Hamburg – Unser Netz“, die für den Tag der Bundestagswahl einen Volksentscheid über die zukünftige Energieversorgung in Hamburg vorbereitet.

Organisiert wurde die Elblockade von „gegenstrom13“, einem Zusammenschluss von Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen.

Der BBU verurteilt die geplante Inbetriebnahme des KKW Moorburg durch den Stromkonzern Vattenfall im nächsten Jahr scharf. Es dürfe nicht sein, dass Vattenfall mit einer Klage vor dem internationalen Schiedsgerichtshof die Umwelt-

standards für Moorburg so verwässert, dass sie nicht mehr dem EEG entsprechen. Der Strom wird in Deutschland nicht benötigt, sondern vermutlich in die Niederlande exportiert werden. Die Gewinne gehen nach Schweden zum Konzernsitz.

Die Kohle für das Kraftwerk wird unter katastrophalen ökologischen und menschenunwürdigen Bedingungen in Kolumbien abgebaut. 400.000 indigene BewohnerInnen der Wayuu sind in Nordkolumbien durch den Kohleabbau am härtesten betroffen. Landvertreibung durch Paramilitärs, Umweltzerstörung und Gewässerverschmutzung bedrohen ihre Lebensgrundlage. Viele werden schwer krank. Die Gewerkschaft Sintracarbon kämpft in Kolumbien für einen gerechten Lohn der Minenarbeiter und eine Anerkennung der schweren Gesundheitsschäden durch den Kohleabbau als Berufskrankheit. Ihr Streik konnte Anfang 2013 die Produktion der weltweit größten Kohlemine stilllegen. Viele Gewerkschafter werden mit dem Tode bedroht oder ermordet.

Das KKW Moorburg würde bei Vollastbetrieb 9 Mio Tonnen CO₂ jährlich ausstoßen. Feinstaub- und Schwermetallemissionen würden die angrenzenden Stadtteile wie Wilhelmsburg oder Billstedt schwer belasten und nach einer Greenpeace-Studie dort zu Lebensverkürzungen oder Toden führen.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland lässt Vattenfall in der Lausitz unter verheerenden ökologischen Folgen Braunkohle abbauen. Grundwasserverseuchungen, Abholzung eines der letzten deutschen Urwälder und Vertreibung der örtlichen Bevölkerung aus jahrhundertealten Dörfern gehören auch dort zum Geschäft.

Brauchen wir Staatsverträge mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften?

Diskussion mit Christiane Schneider (DieLinke) in Hamburg – ein Neuanfang

In der letzten Ausgabe des Rundbriefs noch nicht angekündigt, gab es in Hamburg eine interessante Diskussion des DFV-Ortsverbands mit Christiane Schneider, der Geschäftsführerin der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Erstmals kamen wir auf Empfehlung im Bürgertreff Altona-Nord zusammen. Nach der Einleitung durch die Abgeordnete kam es zu einer lebhaften Aussprache. Christiane Schneider hatte letztes Jahr an den länger andauernden Sitzungen über Verträge auch mit der Shura (Verband der Islamischen Gemeinden) und der Alevitischen Gemeinde in Hamburg teilgenommen. Zuvor waren in den letzten Jahren sowohl mit ev.-lutherischen Kirche als auch mit dem „HEILIGEN STUHL“, also der Katholischen Kirche in Hamburg, „Staatsverträge“ ohne Kündigungstermin und Höhe der Zuschüsse seitens des Hamburger Senats unterschrieben worden. Auch mit der Jüdischen Gemeinde Hamburg gibt es einen entsprechenden Vertrag mit dem Senat. Das war noch unter dem Bürgermeister Ole von Beust (CDU). Die jetzigen Verträge sind in der neuen Ägide des Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD) abgeschlossen worden. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte den neuen Verträgen zu, so auch unter Bedenken der Partei „Die Linke“. Allerdings sind die 2012 beschlossenen Verträge mit den Organisationen aus dem islamischen Kulturkreis keine Staatsverträge. Diese Organisationen sind, wie auch die DFV, keine Körperschaften des öffentlichen Rechts, denen u.a. zusteht, Steuern zu erheben. Grundsätzlich, so Christiane Schneider, sei die Linke natürlich für die Trennung von Staat und Kirche und Staat und Schule wie es im Grundgesetz bzw. schon in der Weimarer Verfassung steht, was in der Religionsfrage in das GG übernommen worden ist. Um eine Gleichbehandlung zwischen den christlichen Großkirchen und den zunehmend größer werdenden islamischen Gemeinden zu signalisieren, hätte die Hamburger Linksfraktion, die mit 8 Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten ist, den Verträgen nach längerer Diskussion zugestimmt. Während rechte Scharfmacher aus der CDU-Fraktion dagegen gestimmt hätten. In der nachfolgenden Diskussion der Teilnehmer gab es viele Fragen und Bemerkungen. So nach weiteren Privilegien, insbesondere der christlichen Kirchen. Davon gibt es über Hundert, die an dieser Stelle nicht aufgezählt werden können. Insbesondere ging die Diskussion über die tägliche Flut von kirchlichen Sendungen in den öffentlich-rechtlichen Medien wie dem NDR. Dem steht keine entsprechende Möglichkeit der Meinungsbildung der freigeistigen Bewegung wie z. B. der Freidenker gegenüber. Die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung – wie in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern – gehört keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft an. Doch die muss bis zu 90 Prozent der laufenden Ausgaben der Kirchen und ihren Einrichtungen wie Diakonie und Caritas zahlen und darf täglich ihre Propaganda über die Hamburgerinnen und Hamburger ergießen. Abschließend ist zu sagen, dass wir uns wohlgefühlt haben in dem Bürgertreff Altona-Nord und sicher nicht zum letzten Mal dort gewesen sind.

Uwe Scheer

Schleswig-Holstein

Gedenkveranstaltung zum 68. Jahr der Cap-Arcona-Katastrophe auf dem Ehrenfriedhof in Neustadt in Holstein am 3. Mai 2013

Am 3. Mai 1945 wurden die Häftlinge des KZ Neuengamme bei Hamburg in Güterwaggons nach Lübeck verfrachtet und zu Fuß in die Neustädter Bucht getrieben. Die SS wollte verhindern, dass sie lebend in die Hände der sich nähernden Alliierten (in diesem Fall der Briten) fielen, und ließ sie von einem Kapitän unter Androhung von Repressalien, falls er sich weigerte, zu der auf Reede liegenden, nicht mehr zu Kriegseinsätzen tauglichen Cap Arcona bringen. Die Häftlinge wurden von der SS auf das Schiff gepfercht, die Luken verschlossen. Da die Cap Arcona nicht als Lazarettsschiff gekennzeichnet war, wurde sie von den Alliierten bombardiert. Dadurch brach ein Feuer aus und es gelang Häftlingen die Luken zu öffnen, doch nur wenige schafften es bei der Wassertemperatur an Land zu schwimmen und wenn wurden manche noch von dem unwissenden Mob totgeschlagen. Es wurde eine Nachricht an die Alliierten „Auf der Cap Arcona befinden sich Häftlinge“ an irgendeiner Stelle „verschlampt“. (Ich berichtete schon einmal in unserem Rundbrief 2/2008 darüber.)

Die Gedenkveranstaltung begann um 10 Uhr. Für unseren Landesverband waren wir zu dritt aus Kiel vertreten. Unser Gesteck mit Schleife mit der Aufschrift „Deutscher Freidenkerverband Landesverband Nord“ lag am Mahnmal neben vielen Blumen und Kränzen anderer Organisationen, darunter auch der VVN und der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V. Die Gedenkfeier begann mit einer Kranzniederlegung und Ansprachen von Bürgervorsteher Sönke Sela und Thomas Köpernick (Arbeitsgemeinschaft Neuengamme). Einen Redebeitrag über seine Erlebnisse bei der Katastrophe brachten der Flame Wim J. Alosery als Überlebender und Dr. Hans Engel als Befreier. Nach dem Totengebet (Kaddisch) durch die Jüdische Gemeinde Lübeck war die Veranstaltung am Mahnmal im Stutthoffweg in Neustadt-Pelzerhaken beendet.

Gerd Adolph



Ruth Minnerop lebt nicht mehr

Geboren am 19. Juni 1935

gestorben am 12. August 2013

Wir verlieren mit Ruth eine tapfere Kämpferin gegen eine heimtückische Krankheit. Leider hat sie nun den Kampf verloren.

Vor gut vier Wochen habe ich mit ihr noch telefoniert und sie sagte sinngemäß: „Hoffentlich lässt mich dieser Mist nicht zu lange leiden“. Der Wunsch ist ihr in der Endphase in Erfüllung gegangen.

Wir kennen Ruth über Jahre und haben sie als aufrechte freidenkende Person und unser Mitglied kennengelernt. Den Schritt Mitglied im DFV zu werden haben sie und ihr Mann Gerd Minnerop anlässlich eines Wochenendseminars unseres Landesverbands im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e. V. in der Nordheide wahrgenommen.

Wir haben mit Ruth eine aufrechte, kluge und eine sehr interessierte Mitstreiterin verloren.

Wir haben eine Freundin verloren und sind mit Gerd, ihrem Mann, sehr traurig.

Angelika Scheer

für den Landesvorstand Nord e. V.

Mahnmal für 1001 ermordete PatientInnen einer Heilanstalt – nach über 68 Jahren eingeweiht

Zu einer eindrucksvollen Veranstaltung gestaltete sich auf dem Gelände der früheren Landesheilanstalt Neustadt i. H. und dem heutigen AMEOS-Klinikum am 24. Mai 2013 die Einweihung eines Mahnmals für 1001 ermordete Bewohner/-innen, die im Rahmen des sog. Euthanasie-Programms in der Zeit der Naziherrschaft umgebracht worden sind. Nicht in Neustadt in Holstein wurden sie ermordet, sondern sie wurden erst nach Bad Bernburg in Sachsen-Anhalt verschleppt. Dazu sprach abschließend Ute Hoffmann von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt: „Am 20. Mai 1941 gab es den ersten Transport in die Gasmordanstalt. Die Menschen starben dort in Gaskammern. Sie wurden dort ermordet!“. Neben diesem sehr detaillierten und erschütternden Bericht hatte zuvor die im letzten Jahr neugewählte Bürgermeisterin der Stadt Neustadt i. H. Tordis Bartscheider (SPD) in ihrer Rede die sehr berechtigte Frage gestellt, warum erst nach 68 Jahren so ein Mahnmal für Opfer der Naziwillkür aufgestellt worden ist. „Eine Antwort fand sie nicht“ schreibt dazu einen Tag später der Berichterstatter im Lokalteil der „Lübecker Nachrichten“ für Ostholstein. Zu recht meine ich. Fürchtete die Bürgermeisterin den Tag danach? Denn am 26.5. waren in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen. Doch die Leser der Zeitung der VVN/BdA wissen, dass der erste Kanzler der Bundesrepublik Konrad Adenauer einen Herrn Globke zu seinem Staatssekretär gemacht hatte, der zuvor in der Zeit des Faschismus der Kommentator der sog. Nürnberger Rassegesetze war. Der Kalte Krieg begann bereits wenige Zeit nach der Befreiung am 8. Mai 1945 mit verheimlichter Wiederaufrüstung, Wehrpflicht, KPD-Verbot und Berufsverbote folgten auf Schritt und Tritt.

„Kann man die Vergangenheit ruhen lassen? Nein!“ sagte als weiterer Redner Benedikt Müller-Lucks, der Vertreter des Sozialministeriums der Kieler Landesregierung zu recht. Es gäbe aber ein Bedürfnis nach Verdrängung – dieses sei normal. Warum normal? Weil in Schleswig-Holstein kurz vor Kriegsende und danach die Reste der Verantwortlichen der NSDAP im nördlichsten Bundesland vermehrte Aufnahme fanden? Wenige Zeit regierte von hier aus für kurze Zeit die Hitler-Nachfolger-Regierung des Admiral Dönitz, der später als Kriegsverbrecher verurteilt wurde.

Über die Verbrechen der Nazis wurde weitgehend geschwiegen. In den Schulen wurde in den ersten Jahren des Neubeginns kaum davon gesprochen. Erst die Aktivitäten der VVN/BdA und der örtlichen Initiativen wie der Cap-Arcona-Gedenkstätte in Neustadt-Pelzerhaken und anderen Orten an der Lübecker Bucht und die Berichte von Günther Schwarberg im „Stern“ klärten vor allem die nachwachsende Generation auf. Die Aktivität der Geschäftsleitung der AMEOS-Klinik (Betrieb eines Schweizer Konzerns) ist zu begrüßen. In den farbigen Anzeigen in den Regionalzeitungen warb AMEOS u. a. mit dem Text: „Damit ihr Tod und die Greuel gegenüber psychisch kranken und behinderten Menschen nicht in Vergessenheit geraten, errichten wir auf dem Areal der AMEOS-Einrichtung in Neustadt ein Mahnmal“. Auf der Stele steht: **„DEN TOTEN ZUM GEDÄCHTNIS – DEN LEBENDEN ZUR MAHNUNG“**

Leider waren von den Verfolgten- und Widerstandsorganisationen wie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten keine Fahnen wie bei dem jährlichen Gedenken für die Cap-Arcona-Katastrophe zu sehen. Mehr als 100 Teilnehmer, Beschäftigte und Bewohner der Einrichtung sowie Besucher wie wir, waren anwesend. Einzig die Vorsitzende des Landesverbands Nord des Deutschen Freidenker-Verbands legte einen Blumenstrauß nieder.

Wer mehr wissen möchte, kann sich das neu erschienene Buch von Friedrich Ernst Struwe „Landesheilanstalt Neustadt in Holstein – Berichte aus den Jahren 1918 bis 1945“. Struwe wuchs als Sohn eines Psychiaters auf dem Gelände der Anstalt auf. Es kostet 10 Euro und kann bei Ameos erworben werden und weitere Infos auch dort unter 045 61/611 45 01.

USch

Leserbrief an die Lübecker Nachrichten nach der Kommunalwahl

Kulturberauftragter – 2 weitere Anwärter

Das endgültige Ergebnis der Kommunalwahl war noch nicht festgestellt, da meldeten die LN: „Bad Segeberg sucht einen Kulturbeauftragten“. Die Segeberger Zeitung folgte am nächsten Tag: „Stelle wird ausgeschrieben“. Kein Wort davon in der Homepage der Stadt – weder unter (Stellen-) Ausschreibung noch unter Pressemitteilung. Aber Dirk Gosch von der Stadtverwaltung wusste davon und sogar mehr: „Jede neu gewählte Stadtvertretung bestellt einen Kulturbeauftragten für die Dauer ihrer Wahlzeit“. Ist denn Dirk Gosch der Pressesprecher der Stadtvertretung? Und beauftragt die neu gewählte Stadtvertretung den Bürgermeister von Bad Segeberg bevor sie sich konstituiert und in ihren Gremien beraten hätte? Die Sitzung des Kulturausschusses am 04.06. ist sogar abgesagt worden.

Noch merkwürdiger als dieses Demokratieverständnis ist die Tatsache, dass die Öffentlichkeit jetzt davon erfährt –

kurz nach der Kommunalwahl. Gab es irgendeine Partei, die einen neuen Kulturbeauftragten in ihrem Wahlprogramm hatte? Aber es gibt „schon jetzt mindestens 2 weitere Anwärter auf den Job“, betonte der Verwaltungschef – BGM Schönfeld (SPD). Merkwürdig, 2 weitere Anwärter ohne öffentliche Ausschreibung, ohne Beratung... aber mit vorangekündigtem Beschluss in der Stadtvertretung am 27. August und Bestellung zum 1. September.

Wundert sich da noch jemand, dass in Bad Segeberg nur noch 40% zur Wahl gegangen sind? „Der da oben tut ja doch, was er will!“ (siehe Erol Sander...)

Das könnte sich im nächsten Jahr ändern. Dann steht nämlich die Bürgermeisterwahl an. Hat die neue Stadtvertretung dafür auch schon 2 weitere Anwärter auf den Job? Denn eines ist sicher, der Amtsinhaber würde weitermachen.

Magret Bonin

Nord Niedersachsen / Bremen

Was gibt es Neues in Heideruh?

Den meisten Leserinnen und Lesern des DFV-Rundbriefs brauchen wir es nicht mehr vorstellen, nämlich das Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e.V. in Seppensen in der Lüneburger Heide. Das Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e.V., das sich auch zu einer antifaschistischen Bildungsstätte gemauert hat, wurde dieses Jahr offiziell von der Stadt Buchholz in der Nordheide für die Durchführung des Holocaust-Gedenktages ausgewählt und beauftragt. Ortsteil Seppensen gehört zu Buchholz. Die Durchführung der Veranstaltung der Stadt zum 27. Januar, dem Gedenktag zur Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee im Jahre 1945 war Anlass für das Gedenken. Der Bürgermeister der Stadt hielt die Hauptrede.

Doch auch das Ende Juli stattfindende alljährliche Sommerfest des Vereins brachte am heißesten Tag des Jahres mit über 32 Grad fast 200 Teilnehmer zusammen. Ein abwechslungsreiches Programm brachte der mitten im Wald gelegene Verein auf die Beine. Dank der Geschäftsführerin Bea Trampenau und den Helferinnen und Helfern. Neben den kleinen Wanderungen in der Umgebung, einem Testlauf des erweiterten Generationenspielplatzes und dem Rundgang durch die wechselvolle Geschichte Heideruhs seit 1945 konnte das Buch von Klaus Blessing als einer der Autoren „Joachim Gauck – der Richtige Mann“ vorgestellt werden. Die Veranstaltung wurde in einem großen Zelt durchgeführt.

Zuvor hatte sich bereits das 1. Bremer Ukuleleorchester präsentiert. Nach der Eröffnung des riesenhaften Buffets spielte die Gruppe MARIPOSA südamerikanische Befreiungsrythmen.

Am nächsten Tag gab es noch eine kleinere Veranstaltung zum Thema „Die Zukunft Heideruhs“. Wie bei vielen Beherbergungseinrichtungen, so gibt es auch in Seppensen einen Leerlauf vor allem an den Tagen in der Woche. Während die Wochenenden gut gebucht werden. Deshalb meine, unsere Bitte, bucht einige Tag oder Wochen im Jahr Urlaub in dieser hübschen Heide- und Waldlandschaft – vielfältige Aktivitäten wie Kutschfahrten usw. werden angeboten und organisiert – je nach Bedarf. Also nichts wie ran ans Telefon (04181/8726) oder an den PC per Mail (info@Heideruh.de) anfragen, ob noch in den nächsten Wochen etwas frei ist!

Oder einfach unter www.Heideruh.de sich über die herbstlichen Aktivitäten und Möglichkeiten informieren. Die Einrichtung ist auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln, z. B. über den Hamburger Verkehrs-Verbund (HVV) erreichbar.

USch

Gedenkstätte Lager Sandborstel – Dauerausstellung eröffnet

Weitere Ausstellungseröffnung im September im ehemaligen KZ Ahrensböök in Ostholstein

Am 29. 4. d. J. wurde mit einer Gedenkveranstaltung die Dauerausstellung in der Gedenkstätte Sandborstel eröffnet. In der Einladung schrieben Detlef Cordes, der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, und Andreas Ehresmann, der Projektkoordinator und Leiter der Gedenkstätte:

„Wir freuen uns, an diesem Tag auch die neugestaltete Gedenkstätte Lager Sandborstel eröffnen zu können. In den letzten drei Jahren wurde das bundesweit einmalige Ensemble ehemaliger Gefangenen-Unterkunftsbaracken gesichert und teilsaniert, zwei Nachkriegsbaracken zu Ausstellungsgebäuden umgebaut und eine umfangreiche neue Ausstellung zu Geschichte und Nachgeschichte des Stalag X B erarbeitet.“ Am Gedenkstein gegenüber der „Lagerkirche“ fand dann die Gedenkfeier für die in Sandborstel verstorbenen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge mit einer anschließenden Kranzniederlegung statt.

Die Gedenkstätte ist in der Greiffstraße 33 in 27445 Sandborstel zu erreichen. Telefonische Nachfragen, über Öffnungszeiten usw sind bitte an Andreas Ehresmann, Tel. 04764-22 54 810 oder e-Mail a.ehresmann@stiftung-lager-sandborstel.de zu richten.

Sandborstel liegt zwischen Bremen und Stade in der Nähe der Stadt Bremervörde in Nordniedersachsen.

Der DFV, Landesverband Nord, beabsichtigt wie in der Vergangenheit weitere Gedenkstätten in Norddeutschland zu besuchen. So gibt es demnächst eine weitere Ausstellungseröffnung in einem früheren KZ, in der Gedenkstätte Ahrensböök in Ostholstein am 29. 9. um 11.00 Uhr. Eine ausführliche Darstellung der „Orte des Terrors“ in Schleswig-Holstein ist in der Juni-Ausgabe der Monatsschrift *GEGENWIND- Politik und Kultur in Schleswig-Holstein* nachzulesen (Magazin-Verlag, Reinhard Pohl (Tel. 0431/56 58 99 und Mail redaktion@gegenwind.info sowie über www.gegenwind.info)

U.Sch.



Solidarität

Solidarität mit dem Widerstand in der Türkei!

Seit dem 27. Mai herrscht in der Türkei Aufruhr. Es begann mit Protesten gegen die geplante Abholzung von Bäumen im Gezipark in Istanbul, der vom religiös-konservativen Regime mit Gewalt beantwortet wurde, und es weitete sich danach zum Widerstand gegen das Regime von Ministerpräsident Erdogan aus. Die Menschen fordern demokratische Rechte und widersetzen sich der schleichenden Islamisierung der türkischen Gesellschaft. Das Erdogan-Regime instrumentalisiert die Religion politisch zur Festigung der Macht der konservativen Kräfte.

Die AKP-Regierung setzt inzwischen fast jedes Mittel ein, um die Rechte der Volksbewegung einzuschränken. Tränengas und Terror gegen friedliche Menschen dienen nicht der Lösung der Probleme rund um den Taksim-Platz – und das ist auch nicht ihr Ziel.

In Wirklichkeit kämpft die AKP-Regierung um ihr politisches Überleben – und somit für eine Politik, die auf Demokratieabbau, Privatisierungen staatlicher Betriebe, auf Repression gegen die kurdische Bevölkerung, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Kräfte setzt. Und nicht zuletzt setzt das Erdogan-Regime im Interesse imperialistischer Kräfte auf eine Kriegspolitik gegen das syrische Volk, um zur Regionalmacht im Nahen und Mittleren Osten aufzusteigen.

Die AKP propagiert, dass die türkische Gesellschaft ihr Heil im Islamismus suchen sollte, und stellt zur Ablenkung ein großosmanisches Reich in Aussicht. Jetzt sieht sie sich mit den Menschen konfrontiert, die sich nicht länger gängeln lassen wollen.

Wir Freidenker solidarisieren uns mit den für ihre demokratischen Rechte kämpfenden Menschen in der Türkei und in vielen anderen Ländern der Welt. Wir fordern Demonstrationsfreiheit in Istanbul, Frankfurt/Main und überall!

C. K.

Islamisten als Partner

ANKARA/BERLIN (Eigener Bericht) – Die Bundesregierung übt scharfe Kritik an der brutalen Repression gegen die aktuellen Massenproteste in der Türkei. Es dürfe keinesfalls Gewalt gegen Demonstranten angewandt werden, fordert der Menschenrechtsbeauftragte der Regierung, Markus Löning. Ähnlich hat sich bereits zuvor Außenminister Westerwelle geäußert. Wie die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) urteilt, richten sich die Unruhen im Kern gegen die schon seit Jahren andauernde Islamisierung des Landes, die Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan mit Macht vorantreibt. Erdogan ist mit seiner Politik lange Jahre von der Bundesregierung unterstützt worden. Noch vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung einen „Strategischen Dialog“ mit der nun heftig attackierten türkischen Regierung eingeleitet. Die aktuelle Kritik an dieser erfolgt nach einem Machtzuwachs Ankaras, auf den Berlin, um seinen Einfluss zu stabilisieren, einerseits mit Einbindungsbemühungen reagiert, andererseits mit Druck.

mehr:

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58622>

Newsletter vom 12.06.2013

40 Jahre Protest gegen die Praxis der Berufsverbote in Deutschland

Eine große Hilfe: die internationale Solidarität der Kommunistischen Parteien

Am 28. Januar 1972 wurden in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) von den Ministerpräsidenten der damaligen Bundesländer und Bundeskanzler Willy Brandt „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ beschlossen, die bis heute unheilvoll nachwirken. Das deutsche Wort „Berufsverbote“ hat seitdem in alle Sprachen Europas Einzug gefunden, unter anderem als « les Berufsverbote » und “the Berufsverbot“.

Mithilfe der „Regelanfrage“ wurden 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber vom Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ durchleuchtet. Lückenlos wurden alle Lebensbereiche bespitzelt, der Arbeitsplatz genauso wie die politischen und die ganz persönlichen Beziehungen. Es folgten 11 000 offizielle Berufsverboteverfahren, 2200 Disziplinarverfahren, 1250 Ablehnungen und 265 Entlassungen.

Die Berufsverbote richteten sich gegen Lehrerinnen und Lehrer, Postboten, Lokomotivführer, Juristen, gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter auf der Ebene des Bundes, der Länder und in den Kommunen. Berufsverbote wurden auch in der Wirtschaft ausgesprochen.

Betroffen waren Kommunisten, Sozialisten, Mitglieder linker Gruppen, Antifaschisten, linke Sozialdemokraten und Friedensfreunde, aber auch Unorganisierte, die sich kritisch zu den herrschenden Verhältnissen in der Bundesrepublik geäußert hatten. Die Berufsverbote wurden in aller Regel bis heute juristisch nicht aufgehoben. Bis zum heutigen Tage dauert auch die Diskriminierung durch finanzielle Abstrafung an: Zahlreiche Betroffene sind durch lebenslange massive Pensions- und Rentenkürzungen erheblich in ihrer Lebensführung eingeschränkt. Weder von Seiten der Bundesregierung noch von den Landesregierungen sind bislang Entschuldigungen für ihr Verhalten erfolgt.

In dieser langen Zeit war die internationale Solidarität für die Betroffenen eine große Hilfe. Mit Ausnahme der Diktaturen in Griechenland, Spanien oder Portugal waren die Berufsverbote in allen anderen Ländern in dieser Form nicht vorstellbar. Die Stellungnahmen aus dem Ausland gaben den Berufsverbote-Opfern die Kraft, den politischen Angriffen und der mit dem Berufsverbot verbundenen sozialen Deklassierung zu begegnen. Von vielen kommunistischen Parteien aus aller Welt gab es Zeichen der Solidarität, die besonders für die Betroffenen aus den Reihen der Deutschen Kommunistischen (DKP) eine große Hilfe waren, denn es ging nicht nur um den Zuspruch für die Genossinnen und Genossen, sondern auch um ein deutliches Zeichen gegen ein drohendes DKP-Verbot.

Eine neue, umfassendere Bedeutung haben die Berufsverbote gegen Kommunistinnen und Kommunisten nach der Übernahme der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durch die BRD bekommen. Unzählige Beschäftigte aus der DDR, denen eine Nähe zu ihrem Staat vorgehalten wurde, bekamen von den neuen Machthabern die Kündigung. Betroffen war auch hier vielfach der Bildungsbereich vom Rektor der Humboldt-Universität bis zur Leiterin einer Polytechnischen Oberschule.

In Deutschland hat sich die Bewegung gegen die Berufsverbote auch durch die Aktivitäten der Gewerkschaft Erzie-

hung und Wissenschaft (GEW) wiederbelebt. Sie richtet sich gegen die anhaltende umfassende Bespitzelung durch den Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“, der immer noch weitgehend die Einsicht in seine Aufzeichnungen ablehnt. Es wird sogar wahrheitswidrig behauptet, dass es keine „Akten“ gäbe. Die Betroffenen konnten jedoch feststellen, dass sie immer noch unter Beobachtung stehen, dass die Wahrnehmung ihrer politischen Bürgerrechte observiert wird. Die Forderung lautet daher, dass der „Verfassungsschutz“ abgeschafft werden muss. Diese Forderung hat eine zusätzliche Bedeutung bekommen, weil bekannt wurde, dass dieser „Verfassungsschutz“ mit Neonazis kooperiert, sie zum Teil sogar bezahlt hat.

Die DKP begrüßt die Bereitschaft der verschiedenen kommunistischen Parteien, an die frühe Solidarität gegen die Berufsverbote in den 70er und 80er Jahren anzuknüpfen und den in den Berufsverboten zum Ausdruck kommenden Antikommunismus der herrschenden Klasse zu bekämpfen.

Weitere Informationen:

<http://www.berufsverbote.de/index.html>

Almosensystem – eine Notlösung wird 20 Jahre alt

„Seit 20 Jahren gibt es den Tafel e.V. in Deutschland. Er kompensiert den Überschuss einer Wegwerfgesellschaft, indem er Lebensmittel statt in den Müll zu Bedürftigen bringt. In Ingolstadt werden sogar unverkaufte Theaterkarten über die Tafel „weiterverwertet“. Ein Ansatz, der Sinn macht, ist es für die einen. Ein Almosensystem, das mittlerweile eher einem Großunternehmen als einer Hilfsorganisation gleicht, so sehen es andere. Aus der einstigen Notlösung ist eine Dauereinrichtung geworden, die teilweise die staatliche Aufgabe der Grundsicherung übernimmt. Und es der Politik so bequem macht, immer weniger gegen die wachsende Armut in Deutschland zu tun.“ [1]

„Mit einem Bildungspaket wollte die Bundesregierung den Kindern von Hartz-IV-Familien helfen, die Hürden zu Nachhilfe und Kulturangeboten zu überwinden. Doch während dort die Mittel nicht ausgeschöpft werden, gibt es immer mehr sogenannte Kulturtafeln, die neben Brot und Gemüse auch Theaterkarten weitergeben.“ [2]

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Sie finden es sicher gut, wenn notleidenden Menschen geholfen wird. Die Tafeln sind nur ein Notbehelf. Aber die Not darf kein Dauerzustand sein. Sie darf nicht ständig anwachsen. Im Grundgesetz steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Aber das Gegenteil ist der Fall: Die Würde der Menschen wird durch den Staat ständig verletzt. Ohne das der Staat für seine Straftaten zur Rechenschaft gezogen würde. Oder sind Almosensysteme, Niedriglöhne, Armutsrente, Hartz-IV und Agenda 2010, Sozialabbau, Bildung nur für Reiche, Obdachlosigkeit, Spaßgesellschaft usw. keine Verletzung der Würde von Menschen?

Armut ist ein sehr schlimmes Gefängnis, Armut ist eine Art offener Strafvollzug. Keinesfalls ist es so, dass Armut nur persönliche Gründe und Ursachen hat. Die Armut von Menschen hat immer gesellschaftliche Ursachen. Deshalb muss sein Verursacher, das kapitalistische System, stärker zur Beseitigung dieser Armut herangezogen werden. Und die Tafeln sind nur eine Notlösung. Aber sie sind nicht die zwingend erforderliche Beseitigung der Not.

Einerseits ist die Tafel eine Hilfe für von der kapitalisti-

sehen Gesellschaft in die Armut gestoßene Menschen. Andererseits ist sie die Pflege von Armut. Und sie ist ein weiteres sichtbares Zeichen dafür, dass der Staat seine sozialen Aufgaben nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil, der kapitalistische Staat reitet immer mehr Bürger tief und tiefer in die Armut hinein. Dazu gehört u. a. neben dem Verlust der Wohnung auch das Kappen der Stromversorgung, wenn Bürger die Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Und ohne nach den tatsächlichen Ursachen zu fragen, erklären Politik und Wirtschaft einzig und allein die Menschen für schuld an ihrem Elend.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist total unwürdig, den Menschen, die vom kapitalistischen System in Not und Elend gedrängt wurden und werden, vorzuschreiben, mit welchem finanziellen Mitteln sie auskommen haben. Dazu schrieb ein Leser in der Braunschweiger Zeitung: „Das Wort ‚Existenzminimum‘ ist für mich schon dann moralisch fragwürdig, wenn es sich auf ein Tier bezieht, aber in Bezug auf einen Menschen ist es widerlich zynisch und geradezu menschenverachtend – zum Existenzminimum würden für einen Menschen auch Wasser und Brot und ab und zu eine Multivitamin-tablette reichen.“ [3] – Besonders Kinder haben unter der vom Kapitalismus verursachten Armut zu leiden

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

finden Sie nicht auch, dass das Grundgesetz unvollständig ist? In ihm fehlen die Rechte aller Menschen, die nicht zu den Reichen und Superreichen gehören. Konkrete soziale Sicherungen müssen im Grundgesetz festgeschrieben werden. Dazu zählen das Recht, in jeder Firma einen Betriebsrat zu gründen und seine Arbeitsfähigkeit zu garantieren. Weiter muss im GG festgeschrieben werden dass ein ausreichender Teil des Bruttosozialprodukts für kulturelle und soziale Erfordernisse der Menschheit verwendet werden. Die Rechte des Volkes müssen konkret in dem Gg festgeschrieben werden. Sozialgerichte müssen die Rechte der Armen gegenüber von Staat und Wirtschaft vertreten und einklagen helfen. Das Geld für soziale Belange muss vom Staat gegenüber den Profiteuren von Banken und Wirtschaft einklagbar sein. Es muss ein Strafkatalog geschaffen werden, nachdem Strafen gegen Politiker, Wirtschaft und Banken, die soziale Unsicherheit verursachen, persönlich haftbar gemacht werden und bestraft werden können.

Die Würde des Menschen ist unantastbar, so steht es im GG. Und wer diesen Passus verletzt, der muss ohne Ansehen und Stellung der Person, und unabhängig von der Höhe seines Bankkontos zur Rechenschaft gezogen werden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

sicher, die Tafel ist nur eine Notlösung. Ich kenne eine bessere Form von Notlösung. Am sichersten ist es, wir schaffen diese Not ab, indem wir den Kapitalismus abschaffen. Mancher Leser macht sich so Gedanken über die Tafel: „Ich bin nicht bettelarm, aber kleiner Lohn und hohe Festkosten; mit dem Taschengeld muss ich haushalten: Für Lebensmittel bei der Tafel müsste ich meine Bedürftigkeit nachweisen; Containern, d. h. aus Mülltonnen der Kaufhallen klauen, mein Garten Nachbar macht das seit Jahren, oft hochwertige Ware; warum nicht! Schamgefühl ist ein Unterwürfigkeitsgefühl, die herrschende Klasse hat nie und nimmer, bei noch so schlimmer Tat, sich je geschämt, höchstens fremdgeschämt.“ [4]

QUELLEN:

[1] Marlene Göring: Notlösung seit 20 Jahren/ Bündnis kritisiert Tafeln als „vormodernes Almosensystem“. In: Neues Deutschland vom 23.04.2013
[2] Rudolf Stumberger: Beethoven auch mit Hartz IV / Reale Konkurrenz: Neben dem sperrigen Bildungspaket gründen sich immer mehr Kulturtafeln. In: Neues Deutschland vom 23. April 2013

[3] Leser H.-M. P. zum Interview mit Ursula von der Leyen vom 23. November. Aus: Braunschweiger Zeitung vom 07. Dezember 2010 [4] Leser K.-H. W.: Bedürftigkeit nachweisen/ Zu jw vom 27./28. April: „Die Tafeln wollen gebraucht werden“; Junge Welt vom 02. Mai 2013
GG = Grundgesetz

Kurt Wolfgang Ringel

Friedensbewegung

Antikriegstag, 1. September 2013

**Nie wieder Krieg,
nie wieder Faschismus!**

Seit 1957 erinnert der DGB an die Schrecken des 1. und 2. Weltkriegs. Am 1. September machen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften deutlich: die deutschen Gewerkschaften stehen für Frieden, Demokratie und Freiheit. Für uns gilt: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg heißt für uns: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von militärischen Interventionen, die nicht von einem UN-Mandat gedeckt sind, zu unterlassen oder zu beenden. Die Bundeswehr soll vollständig aus Afghanistan abgezogen werden.

Nie wieder Krieg heißt für uns: Es darf keinen neuen Militarismus geben. Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee und dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform verpflichtet. Daran darf sich nichts ändern. Sie hat im Innern – mit Ausnahme humanitärer Katastrophenhilfe – nichts zu suchen. Wir fordern die Bundeswehr auf, ihre Werbung in Schulen sofort zu beenden.

Nie wieder Krieg heißt für uns: Zivile Produktion statt Rüstungsexporte. Unsere Grundsatzposition lautet: Keine Rüstungsgüter in Krisengebiete, keine Exporte in Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden. Der DGB ist entschieden dagegen, dass die bisherigen Exportstandards gesenkt oder aufgeweicht werden.

Das gilt insbesondere für Rüstungslieferungen in den Nahen Osten. Die Aufrüstung von Bürgerkriegsparteien durch einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union verschärft die vielschichtigen Probleme in der Region. Sie können nur mit friedlichen Mitteln bei Einhaltung des Völkerrechtes und Achtung der Menschenrechte bewältigt werden. Kriege gegen die eigene Bevölkerung müssen vor dem internationalen Gerichtshof angeklagt werden.

Wir begrüßen das neue Abkommen der Vereinten Nationen zum Waffenhandel, auch wenn wir um seine vielen Schwächen wissen. Die existierenden nationalen oder regionalen Rüstungsexportkontrollen sind lückenhaft. Ein wirksames internationales Abkommen zur Waffenkontrolle muss daher eine nachvollziehbare Prüfung vor der Exportgenehmigung und eine effektive Endverbleibkontrolle vorsehen.

Kultur

Zum Tod von Willi Sitte

Einer der größten deutschen bildnerischen Künstler, Willi Sitte, ist heute im Alter von 92 Jahren verstorben. Dazu erklären die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Katja Kipping, Bernd Riexinger und Gregor Gysi:



Wir stehen unverändert zur Konversion von militärischer Produktion und militärischem Know-how. Sie müssen in zivile Güter umgewandelt werden. Betroffene Unternehmen und Zulieferer müssen ihre Produktpalette diversifizieren, den Anteil an zivilen Produkten ausbauen. Dieser Prozess ist nicht einfach und er wird längere Zeit brauchen, doch wir unterstützen ihn mit Nachdruck.

Nie wieder Krieg heißt für uns: eine Welt ohne Atom- und andere Massenvernichtungswaffen! Den Einsatz von chemischen Waffen lehnen wir strikt ab. Das Drohen mit dem Einsatz nuklearer Waffen oder ihrer Entwicklung erfüllt uns mit Sorge. Es gibt keine guten Hände, in denen Atomwaffen sein können.

Nie wieder Krieg heißt für uns: mögliche Ursachen von Konflikten und Kriegen zu beseitigen. Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu senken.

Wir treten für Frieden und sozialen Fortschritt ein. Die ungelöste Krise in Europa kann für beides zur Gefahr werden. Wir bekennen uns zum einzigartigen europäischen Friedensprojekt und auch zum Euro. Doch für eine gute Zukunft Europas braucht es dringend einen Politikwechsel für mehr Demokratie und soziale

Gerechtigkeit. Die soziale Spaltung wird mit immer neuen Sparorgien immer weiter vertieft! Insbesondere die dramatische Jugendarbeitslosigkeit ist eine schwere Hypothek für Europas Zukunft. Ohne die Jugend hat Europa keine Perspektive! Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm, einen Marshall-Plan für Europa.

Nie wieder Faschismus heißt für uns: Unsere Geschichte verpflichtet uns zum entschiedenen Widerstand gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Nazis haben nirgendwo etwas zu suchen. Deshalb bieten wir ihnen überall die Stirn. Und deshalb wollen wir in Deutschland das Verbot der NPD.

DGB Bundesvorstand, Berlin

Mit großer Trauer und Bestürzung haben wir vom Tod Willi Sittes erfahren. Willi Sitte war ein einzigartiger Künstler, ein Mensch, der seine Kunst auch für sein politisches Engagement einsetzte. Den meisten Menschen – nicht nur in Ostdeutschland – sind seine großen, machtvollen Bilder in Erinnerung, die enorme Kraft ausstrahlten und Widerspruch provozierten. Ihn darauf zu reduzieren, würde ihm jedoch nicht gerecht werden. Sein ungeheures Können als Grafiker vermochte ebenso zu berühren. Als Intention seiner Kunst

äußerte Willi Sitte einst, er wolle an der menschlichen Figur festhalten und eine „Feier des Guten und Abwehr des Bösen“ geben. Willi Sitte ist sich immer treu geblieben.

Historisches Zum 60. Todestag Erich Weinerts

Nach einer Lesung und anschließender Aussprache von Wolfgang Beutin über „Die Kriminalgeschichte des Christentums“ von Karlheinz Deschner auf unserem und Bundesweiten Freidenkertreffen in Heideruh ging es zum unterhaltenen Teil über. Unser Genosse Ernst (Ernesto) Schwarz aus Frankfurt a. M. trug uns auf seiner Gitarre Arbeiter- und progressive Lieder vor. Unter anderem brachte er das Lied aus dem Jahr 1946 „Genauso hat es damals angefangen“, dessen Autor in den Schulen der alten Bundesrepublik nie erwähnt wurde und den daher kaum jemand kennt. Es handelt sich um Erich Weinert, der im April den 60. Todestag hatte. Als Lieder waren mir zum Beispiel bekannt „Gustav Kulke“ und der „Gesang der Edellatscher“. Letzteres habe ich im Rundbrief 2/2007 analysiert.

Erich Weinert (geb. am 4. August 1890 in Magdeburg, gest. am 20. April in Berlin) wurde schon durch seinen sozialdemokratischen Vater politisch geprägt. Er erhielt 1904 die Jugendweihe. Nach dem Besuch der Knabenbürgerschule lernte er Lokomobilbauer bei der Buckauer Maschinenfabrik Rudolf Wolf in Magdeburg, anschließend besuchte er die Kunst- und Handwerkerschule in Magdeburg. 1912 schloss er an der Königlichen Kunstschule in Berlin mit einem Examen als akademischer Zeichenlehrer ab. 1914 nahm er als Offizier am Ersten Weltkrieg teil.

Seine Texte im Leipziger Kabarett „Retorte“ hatten großen Erfolg. Weinert veröffentlichte seine Texte in kommunistischen und linksbürgerlichen Zeitschriften. Er gehörte zu den Mitbegründern des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller und war Mitarbeiter der „Roten Fahne“. Als Gedichte von ihm sind mir bekannt „Bist du noch in der Kirche?“ und der „Hauskassierer Lehmann“. Letzteres lautet folgendermaßen:

Ein übereilter Schritt

Das war der Hauskassierer Lehmann,
Ein guter Mensch und SPD-Mann;
Dem hatte nachts ein Mann in Braun
Zwei Backenzähne eingehaun.

Hier musste Lehmann nun erfahren,
Dass gegen's Rüstzeug der Barbaren
Die geistige Waffe nicht genügt,
Wenn man eins in die Fresse kriegt.

Zum Glück erschienen da zwei starke
Rotfrontler aus dem nahen Parke;
Die haben den im braunen Hemd
Ein bisschen auf- und abgestemmt.

Wir werden ihn vermissen.

DIE LINKE., 8. Juni 2013

Katja Kipping, Bernd Riexinger und Gregor Gysi

Und was war schließlich das Ergebnis?
Beeindruckt stark von dem Erlebnis,
Trat Lehmann von der SPD
Ins rote Einheitskomitee.

Die Sache aber sprach sich weiter
Und kam vor den Abteilungsleiter,
Der Lehmanns Seelenheil betreut,
Der war nun weniger erfreut.

Er schrie ihn an: „Genosse Lehmann,
Sie sind nicht länger SPD-Mann,
Sieht man Sie noch ein einziges Mal
Als Gast in dem Rotfrontlokal!

Darab erschrak der Lehmann höllisch,
Und da nicht von Natur rebellisch,
So sagte er: „Genosse Schmidt,
Es war ein übereilter Schritt!“

Die Sache hat sich zugetragen.
Nun möchte man bescheiden fragen,
Wie er sich nächstes Mal verhält,
Wenn man ihn wieder überfällt.

Er würde, die zu Hilfe kämen,
Wahrscheinlich nicht in Anspruch nehmen,
Damit, was hinterher passiert,
Nicht wieder zu Konflikten führt.

Und wird er auch halbtot geschlagen,
Er wird es mit Bewusstsein tragen:
Es blieb bei dem Zusammenstoß,
Doch sein Parteiherz makellos!
Erich Weinert, 1932

1930 arbeitete er mit Hanns Eisler und Ernst Busch zusammen.

Von 1933 bis 1935 ging Weinert mit Umwegen über die Schweiz ins Saargebiet, wo er steckbrieflich gesucht wurde. Es folgte ein kurzer Aufenthalt in Paris, danach reiste er in die Sowjetunion aus. Er gehörte zur Moskauer Parteigruppe der KPD und nahm am spanischen Bürgerkrieg als Frontberichterstatter teil. Nach dem Deutschen Überfall auf die Sowjetunion war Weinert auf sowjetischer Seite tätig und wurde zum Präsidenten des Nationalkomitees Freies Deutschland gewählt.

1946 kehrte er nach Deutschland zurück und war Vizepräsident der Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ).

Kurz vor seinem Tode veröffentlichte er ein Erinnerungsbuch des mit ihm befreundeten Malers Heinrich Vogeler.

Gerd Adolph



In Kooperation mit dem DFV Landesverband Niedersachsen, Wilfried Dressler, Steinstr. 3 37197 Hattorf am Harz Tel. 05584-3533010, E-Mail: dfv-niedersachsen@freidenker.de

Der DFV im Internet:

<http://www.dfv-nord.de> oder www.freidenker.de

Der Bezug des **Rundbriefs** ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der **Rundbrief** in Kombination mit dem Verbandsorgan **FREIDENKER** (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Tipps und Termine 2013

DFV-Verbandsvorstand (VV)

07.09.13 gVV-Sitzung in Berlin

26./27. 10.13 VV-Sitzung in Magdeburg

09.11.13 Zentrale wissenschaftliche Konferenz in Frankfurt/Main

Arbeits Thema: Probleme, Volk, Staat, Nation- Souveränität, Internationalismus, Patriotismus.

DFV-Landesverband Nord e. V. (LV)

18. bis 20.10.; Wochenendseminar und 3. Vorstandssitzung; Maschen, Naturfreundehaus; s. auch Ankündigung Seite 1

Orts- und Kreisverbände

Hamburg: Mitglieder und Freunde werden eingeladen. (Nachfragen unter Tel.040/631 62 60)

Kiel: DFV-Mitglieder und Mitglieder des IBKA treffen sich als „Atheistische Gruppe“ jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19.

Infos: Gerd Adolph; (Tel. 0431/52 48 07)

Neustrelitz: Mitglieder und Freunde der Gruppe Neustrelitz werden persönlich betreut. Infos: Dr. Ellie Marie Simon (Tel. 03981/44 32 05)

Niedersachsen/Bremen: Termine noch offen; Mitglieder und Freunde werden eingeladen

Bremen/Bremerhaven: Infos: z. Z.. über Uwe Scheer (Tel. 040/631 62 60)

Lüneburg: Infos: Cornelius Kaal, Stellv. Landesvorsitzender (Tel. 041318544564 o. 0177-2049867)

Landesverband Niedersachsen:

c/o Wilfried Dressler, Steinstr. 3, 37197 Hattorf am Harz; Tel. 05584-35 330 10, dfv-niedersachsen@freidenker.org – www.niedersachsen.freidenker.org

Weitere aktuelle Informationen unter www.dfv-nord.de oder www.freidenker.de

HINWEISE AUF VERANSTALTUNGEN UND KONTAKTE ZU BEFREUNDEN ORGANISATIONEN (OHNE PARTEIEN):

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Klapperhof 1, 21033 Hamburg; Infos und Anmeldungen für 2014 bei Helmuth Sturmhoebel; Vorsitzender (Tel. 040/724 55 45)

Die Jugendfeier 2014 findet am 14. Mai um 10.30 Uhr in der Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Harburg statt. Infos:Mail agjugendweihe@t-online.de . Für die Jugendweihe in Lüneburg und Umgebung: Infos und Anmeldungen: Cornelius Kaal, (Tel. 0177-2049867).

Stadtteiltreff AGDAZ (Arbeitsgemeinschaft-Deutsch-Ausländische-Gemeinschaft) e. V.

13.09 um 19.30 Uhr: Infos, Musik, Poesie und Kulinarisches: Chile 1973-2013: 40 Jahre danach Musik und Lesung mit Isabel Liphay, Autorin und Musikerin aus Chile.

21.09. ab 13,00 Uhr: 25. Internationales Stadtteilfest – Open-Air-

Musik, Kulinarisches, Kinderprogramm, Fehlinghöhe 16, 22309 Hamburg-Steilshoop; Bus-Linien 26, 118 und Metro- Linie 7 bis zum Cäsar-Klein-Ring (Einkaufszentrum)

Willi-Bredel-Gesellschaft (WBG) – Geschichtswerkstatt e. V.

Es gibt Führungen durch die Ausstellung „Zwangsarbeiter in Hamburg“, Wilhelm Raabe-Weg 23. Weitere Infos unter

www.willi-bredel-gesellschaft.de oder unter der Telefonnummer

040/59 11 07. Adresse: Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg (U- und S-Bahnstation Hamburg-Ohlsdorf). Die Geschichtswerkstatt ist jeweils dienstags von 16.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.

Aktuelle Informationen zum Deserteursdenkmal unter www.feindbeguenstigung.de Am 7. 9. ab 14.00 Uhr: „Der sprechende Kriegsklotz“ So nennt das Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal ihre Aktion um

den Kriegsklotz am Dammtor. Der Senat hat aufgrund der Aktivitäten der breiten Initiative, dem auch der DFV angehört, ein Denkmal für die Deserteure beschlossen. Mehreren hundert Wehrmachtsdeserteuren, die im 2. Weltkrieg zum Tode verurteilt wurden, soll ein Denkmal gesetzt werden. Sie wurden zumeist am, Höltigbaum erschossen.

Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ (GET) e. V. :

Tarpenbekstr. 66, Ecke Ernst-Thälmann-Platz in 20251 Hamburg-Eppendorf Infos: www.thaelmann-gedenkstaette.de; Tel.040 47 41 84

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen zum 90. Jahrestag „Hamburger Aufstand“ und Stadteiltreuegänge zu dem Thema der Homepage der GET entnehmen.

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

ver.di – Landesbezirk (LBZ) Hamburg:

1. 9. um 11.00 Uhr spricht Uwe Grund, DGB-Vorsitzender von Hamburg zum ANTIKRIEGSTAG auf dem Friedhof Ohlsdorf am Mahmal für die Opfer des Faschismus

Ver.di-Arbeitskreis Antirassismus

Jeden ersten Dienstag im Monat, 18.00 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60. Kontakt und Anfragen:

Agnes Schreieder; Stellv. LBZ-Leiterin Mail: agnes.schreieder@verdi.de

Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e.V.,

Ahornweg 45, 21244 Buchholz in der Nordheide, OT Seppensen –

Jahresprogramm anfordern! Tel. 04181/8726; E-Mail:info@heideruh.de

Mehr Infos: unter www.heideruh.de/ s. auch Beitrag in dieser Ausgabe

Ohlsdorfer Friedshof: Literarische Spaziergänge:

Auf einem literarischen Spaziergang berichtet Herbert Diercks von der Verfolgung Hamburger KünstlerInnen in den Jahren 1933-1945; so u.-a über Wolfgang Borchert, Ida Ehre und Friedrich Wield. Eine Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte und der Willi-Bredel-Geschichtswerkstatt e.V.

KZ-Gedenkstätte Neuengamme und Willi-Bredel-Gesellschaft

Geschichtswerkstatt e.V.

Alternative HAFENRUNDFAHRT am 1. und 29. 9. von 15.30 bis 17.30 Uhr:

Treffpunkt: Barkassenzentrale Ehlers, Anleger Vorsetzen, U-Bahnhof Baumwoll, Teilnahmegebühr 12,00 €

Anmeldung: Tel. 040-428 131 527

Stand 10.08. 2013 /USch